

Bericht

des Innenausschusses

über die Drucksache

**21/18578: Viertes Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet des
Verfassungsschutzrechts
(Senatsantrag)**

Vorsitz: **Ekkehard Wysocki**

Schriftführung: **Antje Möller**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 21/18578 wurde dem Innenausschuss auf Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, GRÜNEN und FDP durch Beschluss der Bürgerschaft vom 23. Oktober 2019 überwiesen.

In seiner Sitzung am 8. November 2019 beschloss der Innenausschuss einvernehmlich eine Anhörung gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO), die am 25. November 2019 durchgeführt wurde. Am 5. Dezember 2019 fanden hierzu die Senatsbefragung sowie die abschließende Beratung über die Drucksache statt.

II. Beratungsinhalt

Beratungen vom 25. November 2019

Das Wortprotokoll des Innenausschusses (Ausschussprotokoll Nummer 21/41, Seite 4 bis 43) kann nach seiner Fertigstellung über die Internetadresse der Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft unter www.buergerschaft-hh.de/parldok aufgerufen oder in der Parlamentsdokumentation der Hamburgischen Bürgerschaft eingesehen werden.

Beratungen vom 5. Dezember 2019

Das Wortprotokoll des Innenausschusses (Ausschussprotokoll Nummer 21/42, Seite 4 bis 42) kann nach seiner Fertigstellung über die Internetadresse der Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft unter www.buergerschaft-hh.de/parldok aufgerufen oder in der Parlamentsdokumentation der Hamburgischen Bürgerschaft eingesehen werden.

III. Ausschussempfehlung

Der Innenausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich mit den Stimmen der Abgeordneten der SPD, CDU, GRÜNEN und AfD gegen die Stimme der Abgeordneten der LINKEN bei Enthaltung des Abgeordneten der FDP, den Antrag aus der Drs. 21/18578 anzunehmen.

Antje Möller, Berichterstattung